

Schule

"Schlichte Utopie"

Der Bildungsforscher Jürgen Baumert über fehlende Förderung für Schüler, unnütze Forderungen von Eltern und die Zwei-Klassen-Gesellschaft der Lehrer.

SPIEGEL: Professor [Baumert](#), unsere Gesellschaft gründet auf einem großen Versprechen: Jeder kann alles erreichen. Stimmt das eigentlich?

Baumert: Nein. Dies ist eine jener Überzeugungen, die uns das Leben schwer machen. Diesem Ziel läuft man immer hinterher, ohne es erreichen zu können. Die Schule begrenzt Ungleichheit, indem sie Kinder aus unterschiedlichen Familien und Nachbarschaften in einer Institution zusammenführt. Gleichzeitig erzeugt sie aber neue Ungleichheit, weil sie den Auftrag hat, jedes Kind optimal zu fördern.

SPIEGEL: Wie bitte - die Schule fördert die Ungleichheit?

Baumert: Kinder beginnen die Schule mit sehr, sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Von der Schule zu erwarten, diese Differenzen ab dem Alter von sechs Jahren auf null zu führen, ist eine schlichte Utopie, die nur dann Wirklichkeit werden könnte, wenn man schnellere Lerner am Lernen hinderte.

SPIEGEL: Was soll Schule dann leisten?

Baumert: Gerade wenn man neue Dinge zu lernen beginnt, scheint es einen Matthäus-Effekt zu geben: "Wer hat, dem soll gegeben werden." Also: Wer mit einem Startvorteil beginnt, kann leichter mehr dazulernen, so dass aus kleinen Unterschieden große Disparitäten werden können. Wenn die Schule diesen Spreizungseffekt durch Förderung dämpft, hat sie Erfolg. Und dies scheint zumindest der Grundschule zu gelingen.

SPIEGEL: Aber gelingt es in ausreichendem Maß? Ihre Forschungen zeigen doch: Ein Arbeiterkind hat bei gleichen Leistungen eine deutlich geringere Chance, ein Gymnasium zu besuchen, als ein Kind aus dem Bildungsbürgertum.

Baumert: Die zentrale Herausforderung im Schulsystem ist heute nicht mehr der immer noch kontinuierlich ansteigende Übergang zum Gymnasium. 1950 gingen 11 Prozent einer Alterskohorte zum Gymnasium, und nur 50 Prozent von ihnen haben das [Abitur](#) geschafft. Jetzt sind wir bei 45 Prozent, und 80 Prozent erreichen das Abitur. Das Gymnasium ist immer noch eine anspruchsvolle Schule, aber nicht mehr die Selektionsanstalt, die sie in den fünfziger Jahren war.

SPIEGEL: Das ändert aber doch nichts an der Tatsache, dass nicht jedes Kind die gleichen Chancen hat, dorthin zu kommen.

Baumert: Das Gymnasium ist eine prestigeträchtige Einrichtung. Deshalb wird soziale Ungleichheit im Zugang besonders kritisch beobachtet. Aber: Die soziale Auslese ist in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen, und zusätzlich hat sich die Chance, mit einem mittleren Abschluss ohne großen Zeitverlust eine Hochschulreife zu erreichen, verbessert. Der Übergang zum Gymnasium ist noch eine kritische Stelle in einer Bildungskarriere, aber die Dramatik der sozialen Selektivität hat sich verringert.

SPIEGEL: Dann ist ja alles gut.

Baumert: Nein, natürlich nicht. Unser großes Problem besteht darin, dass etwa 20 Prozent eines Jahrgangs das Mindestziel verfehlen: Sie verlassen die Schule ohne eine Basisausstattung für einen zukunftsfähigen Beruf. Dies war die wirklich aufregende Botschaft von Pisa-2000. Die Folgeprobleme sind prognostizierbar: fehlende oder abgebrochene Berufsausbildung, instabile Beschäftigungsverhältnisse, instabile soziale Beziehungen, mangelnde Fürsorge auch für sich selbst, das heißt - höheres Krankheitsrisiko.

SPIEGEL: Wie können Sie da so sicher sein?

Baumert: In der Wissensgesellschaft bestimmt Bildung den Lebenslauf stärker, als dies je zuvor der Fall war. Allein aufgrund des Bildungsabschlusses lassen sich Einkommenserwartungen, Scheidungsrisiken oder das Risiko, krank zu werden und früher zu sterben oder nach der Rente unzufrieden zu sein, substantiell vorhersagen. Das war in der Generation, die um 1900 geboren wurde, noch viel schwieriger.

Aber wir glauben dennoch gern an die soziologische Erfindung der Patchwork-Biografie und das Versprechen, eine unendliche Vielzahl von Chancen zu haben, die sich über das gesamte Leben erstrecken.

SPIEGEL: Unser Bildungssystem führt also dazu, dass jeder fünfte Schüler **fast chancenlos bleibt**?

Baumert: Es gibt keine Entschuldigung dafür, dass die Schule eine große Risikogruppe entlässt, die dann später dem Sozialsystem zur Last fällt. Meiner Meinung nach darf man unsere Bildungsinstitutionen nicht aus der Verpflichtung entlassen, jedem jungen Menschen die Grundausrüstung mitzugeben, die überhaupt erst die Chance gesellschaftlicher Teilhabe eröffnet. Dies ist die Bringschuld der Schule.

SPIEGEL: In der Öffentlichkeit wird vergleichsweise selten über die Risikoschüler debattiert, aber sehr häufig über Gymnasien oder Universitäten. Sorgen wir uns um die Falschen?

Baumert: Im internationalen Vergleich ist unser Bildungssystem insgesamt unterfinanziert. Aber auch im verfügbaren Rahmen muss man sich fragen, ob die Kosten und Lasten angemessen verteilt sind. Hier haben wir sicherlich eine Schieflage: Selbst das Studium in einem teuren Fach ist bei den niedrigen Studiengebühren fast kostenlos. Prestigereichere und sozial selektive Einrichtungen werden tendenziell besser bedient als die Institutionen, in denen die Entstehung von Risikogruppen verhindert werden könnte. Das ist eine Umverteilung von richtig viel Geld.

SPIEGEL: Eine Umverteilung von unten nach oben - die Arbeiter zahlen den Bildungsbürgern die Studienplätze?

Baumert: Da die Universitäten aus Steuergeldern finanziert werden, ist das so. Bei der Frühförderung und an der rechtzeitigen Hilfe - nämlich dann, wenn sich Problemlagen erstmals abzeichnen - wird gespart, und die Folgekosten werden sozialisiert. Die nachträglichen Fördermaßnahmen im Übergangssystem - etwa Berufsvorbereitungsjahr, einjährige Berufsfachschulen und Maßnahmen der Arbeitsagenturen - werden aus Steuergeldern bezahlt, die Krankenkassen werden zusätzlich aus Steuergeldern finanziert, und unsere Gefängnisse bezahlen wir ohnehin aus Steuergeldern.

SPIEGEL: Was wir da sparen, zahlen wir **später doppelt und dreifach**?

Baumert: So ist es.

"Die Verkleinerung von Klassen ist wenig wirksam, aber extrem teuer"

SPIEGEL: Über die angemessene Finanzierung des Bildungssystems wird häufig gestritten, zuletzt beim Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten am vergangenen Donnerstag. Was sagen Sie eigentlich zum Betreuungsgeld, das die Regierungskoalition denjenigen Eltern auszahlen will, die ihre kleinen Kinder selbst betreuen und nicht in Kindertagesstätten geben?

Baumert: Das ist eine der törichtsten Maßnahmen, die man überhaupt vorschlagen kann. Sie hält die Kinder von den Betreuungseinrichtungen fern, finanziert Betreuung durch ältere Geschwister oder unterstützt Familien, die diese Maßnahme nicht benötigen.

SPIEGEL: Sie beobachten die **Bildungspolitik** nun schon seit Jahrzehnten. Den größten Streit gibt es immer um die Frage, ob man Kinder schon nach vier Jahren trennen sollte. Früher wurde über die Gesamtschule debattiert, derzeit steht in **Hamburg ein Volksentscheid** unter anderem über die sechsjährige Grundschule an. Was sagt der Bildungsforscher dazu?

Baumert: Also, ich sag's mal ganz offen: In Hamburg wird für mich ein völlig unnötiger bildungspolitischer Streit ausgetragen.

SPIEGEL: Warum?

Baumert: Der Kern der Reform ist ja die Vereinfachung der Schulstruktur im Sekundarbereich. Die Zusammenführung von Haupt- und Realschule zu einer einzigen Schule neben dem Gymnasium war in allen Ballungsgebieten überfällig, um die Konzentration der schwierigsten Schüler in wenigen Schulen zu vermeiden. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit. Zweigliedrigkeit war überfällig, und sie war politisch und historisch möglich. Aber musste man gleichzeitig den **Streit um die Gymnasien** beginnen und auch noch das humanistische Gymnasium antasten?

SPIEGEL: Hamburgs schwarz-grüner Senat sagt: ja. Denn sechs Jahre gemeinsames Lernen brächte viele Vorteile gegenüber der vierjährigen Grundschule.

Baumert: Mag sein, aber belastbare empirische Evidenz für die Wirkungen einer zweijährigen Verlängerung der Grundschule kenne ich nicht.

SPIEGEL: Und die Vermutung, dass es etwas bringt, reicht Ihnen nicht?

Baumert: Für die Verbesserung der Chancengerechtigkeit in der Sekundarstufe wäre eine Reform der zweigeteilten Lehrerausbildung die wichtigere Maßnahme. Das ist eine echte Hypothek: Die fachlich besser ausgebildeten Lehrkräfte unterrichten unter bevorzugten Bedingungen an Gymnasien. Die kürzer und fachlich weniger anspruchsvoll ausgebildeten Lehrkräfte werden dort eingesetzt, wo pädagogische Professionalität und fachliche und fachdidaktische Kreativität besonders gefordert sind - nämlich im Unterricht der schwächeren und schwächsten Schüler.

SPIEGEL: Das heißt: Die Schulstruktur, über die so gern gestritten wird, ist egal - solange die Lehrerausbildung eine Zwei-Klassen-Gesellschaft bleibt?

Baumert: Eine Strukturreform allein verkennt, dass die wachsenden Leistungsunterschiede zwischen den weiterführenden Schulformen auch durch die unterschiedliche Qualifikation der Lehrkräfte verursacht werden. Für den Mathematikunterricht lassen sich die Wirkungen mittlerweile auch quantifizieren. Und es spricht viel für ähnliche Effekte im Naturwissenschafts- und Fremdsprachenunterricht.

SPIEGEL: Ist die Qualifikation der Lehrer denn wirklich so wichtig? Oder sind für guten Unterricht nicht ganz andere Umstände entscheidend?

Baumert: Die Lehrerbildung hat uns in den letzten Jahren sehr beschäftigt. Die Ergebnisse, die wir für Mathematik gefunden haben, zeigen klar: Für das Anregungspotential des Unterrichts, die konstruktive Unterstützung bei Lernschwierigkeiten und den Leistungsfortschritt der Schüler sind spezifisches fachdidaktisches Wissen und Können verantwortlich. Dieses Wissen wird im Studium und Referendariat erworben.

SPIEGEL: Trotzdem werden Sie die nächste Debatte über die Schulstrukturen kaum verhindern können. Warum nur kann die Bildungsforschung nicht mal eine klare Antwort auf die einfache Frage geben, ob längeres gemeinsames Lernen etwas bringt oder nicht?

Baumert: Das ist keine einfache Frage! Eine klare Antwort setzt voraus, dass zwei Systeme parallel gefahren und Schüler und Lehrkräfte auf beide Optionen per Zufall verteilt werden. Dies ist nicht möglich. Deshalb muss die Forschung historisch bedingt unterschiedliche Entwicklungen für quasi-experimentelle Vergleiche nutzen. Ein solcher Vergleich fehlt für die heutige vier- und sechsjährige Grundschule. Wenn Sie genereller fragen, warum die Forschung nicht rechtzeitig das liefert, was die Politik möchte, muss man daran erinnern, dass bis Anfang der neunziger Jahre Leistungsuntersuchungen verpönt und Transparenz nicht gefragt war. Eine empirische Forschung, die Ergebnisse von Bildungsprozessen und deren soziale Verteilung sichtbar gemacht hat, hat sich - nicht immer zur Freude der Politik - erst in den letzten 15 bis 20 Jahren entwickelt.

SPIEGEL: Heute aber ist die Bildungsforschung doch sehr stolz auf ihre empirische Fundierung. Warum nur bleiben trotzdem so viele wichtige Fragen offen?

Baumert: Für viele, ganz zentrale Fragen gilt dies doch gar nicht. Unser Gespräch ist dafür ein wunderbarer Beleg. Selbst für solch leidige Themen wie die Klassengröße gibt es empirische Antworten.

SPIEGEL: Je kleiner, desto besser?

Baumert: Nein, gerade nicht. Die **Verkleinerung von Klassen ist wenig wirksam**, aber extrem teuer.

SPIEGEL: Aber viele Eltern, Lehrer und Politiker sehen das völlig anders.

Baumert: Die Reduzierung von Klassengrößen ist ein populärer Stimmenfänger. Keiner kann dagegen sein. Aber in der Bandbreite, über die wir reden, hat die Veränderung der Klassengröße keinen durchgehenden Einfluss auf den Lernerfolg der Schüler. Nachweisbar sind Effekte nur für die ersten Schuljahre. Aber selbst da ist die Kosten-Nutzen-Relation im Vergleich zu anderen Maßnahmen ungünstig.

SPIEGEL: Was empfehlen Sie stattdessen?

Baumert: Statt einfach Klassen zu teilen oder die Durchschnittsgröße aller Klassen um einen oder zwei Schüler zu reduzieren, bietet sich die Nutzung von Unterrichtsstunden für gezielte Förderung an, etwa zusätzliche Unterrichtsstunden am Nachmittag für ausgewählte Schüler an Schulen mit schwierigem Einzugsbereich. Es macht auch Sinn, über zusätzliches Personal in Schulen mit erhöhtem Förderbedarf, zum Beispiel Sonder- und Sozialpädagogen oder Psychologen nachzudenken. Das ist eines der Rezepte der Finnen: am Standort sonderpädagogische und psychologische Beratung verfügbar zu haben.

SPIEGEL: Ist das nicht zum Verzweifeln? Sie messen, Sie rechnen, Sie empfehlen, aber dann machen die Bildungspolitiker, was sie wollen.

Baumert: Kein Grund für Verzweiflung. Auf jeden empirischen Befund gibt es mindestens zwei unterschiedliche politische Antworten, meistens mehr. Politische und wissenschaftliche Rollen kann man nicht klar genug trennen. Ein häufiger Fehler der Sozialwissenschaftler und vor allem der Pädagogen der siebziger Jahre war die Vorstellung, die bessere Politik machen zu können. Mit den Anregungen, die in den letzten 20 Jahren aus der Bildungsforschung gekommen sind und Gehör gefunden haben, können wir ganz schön zufrieden sein. Das heißt nicht, dass ich mir als Bürger und Vater nicht schon manchmal die Haare raufe.

SPIEGEL: Professor Baumert, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Gespräch führten Alfred Weinzierl und Markus Verbeet

URL:

<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,700334,00.html>

© DER SPIEGEL 24/2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH